

Berliner Handbücher

Handbuch des arbeitsgerichtlichen Verfahrens

Eine systematische Darstellung des gesamten
Verfahrensrechts mit einstweiligem Rechtsschutz und
Zwangsvollstreckungsrecht

von

Dr. Alexander Ostrowicz

Präsident des
Landesarbeitsgerichts
Schleswig-Holstein a.D.

Dr. Reinhard Künzl

Vorsitzender
Richter am
Landesarbeitsgericht München

Christian Scholz

Vorsitzender Richter
am Landesarbeitsgericht
Schleswig-Holstein

4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 12055 0](http://ESV.info/978_3_503_12055_0)

Es bearbeiteten:	
Dr. Ostrowicz:	Kapitel 4, 5, 7, 8 und 10
Dr. Künzl:	Kapitel 1, 2, 3 und 6
Scholz:	Kapitel 9

1. Auflage 2000
2. Auflage 2002
3. Auflage 2006
Die 1. bis 3. Auflage erschienen unter „Ostrowicz/Künzl/Schäfer“
4. Auflage 2010

ISBN 978 3 503 12055 0

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2010
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/9,5 p Stempel-Garamond

Satz: Peter Wust, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur 4. Auflage

Der Arbeitsgerichtsprozess ist bei allen Besonderheiten des Verfahrens auch ein echter Zivilprozess, wie zahlreiche Verweise auf die Vorschriften der ZPO belegen. Gesetzliche Änderungen der ZPO wirken sich in aller Regel auch im arbeitsgerichtlichen Verfahren aus. Daneben sind Gesetzesänderungen speziell im ArbGG zu beachten.

Das am 1.1.2002 in Kraft getretene ZPO-Reformgesetz, das Erste Gesetz zur Modernisierung der Justiz, das Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör und das Gesetz über die Verwendung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz sind bereits in die Voraufgabe eingearbeitet. Diese neuen Rechtsvorschriften im zivilprozessualen und arbeitsgerichtlichen Verfahren sind unterdessen durch die aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung, im Schwerpunkt die des Bundesarbeitsgerichts, konkretisiert worden. Das gilt insbesondere für das erweiterte Revisionsrecht. Diesen Entscheidungen und der weiteren aktuellen Rechtsprechung zum Verfahrensrecht wird in der neuen Auflage nachgegangen.

Auch gesetzliche Neuregelungen haben eine Neubearbeitung erforderlich gemacht. Hierzu gehören u.a. das Zweite Gesetz zur Modernisierung der Justiz vom 22.12.2006 (BGBl. I, 2006, 3416), das Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12.12.2007 (BGBl. I 2007, 2840), das Gesetz zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung vom 14.8.2006 (BGBl. I 2006, 1897) sowie das Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 26.3.2008 (BGBl. I, 2008, 444).

Die Verfasser haben diese Gesetzesänderungen umfassend in ihre Darstellung eingearbeitet. Die Lösung von Streitfragen orientiert sich dabei wie bisher in erster Linie an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, ohne dabei das arbeitsrechtliche Schrifttum zu vernachlässigen. Rechtsprechung und Schrifttum sind bis zum 30.9.2009 berücksichtigt.

Wir trauern um unseren verstorbenen Mitautor Horst Schäfer, ehemals Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz. Sein Part ist teilweise von Künzl und Ostrowicz übernommen worden. Neuer Mitautor ist der Vorsitzende Richter am Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein Christian Scholz. Er hat die Bearbeitung des Kapitels „Einstweiliger Rechtsschutz“ übernommen.

Auch in Zukunft wird das Prozessrecht Gegenstand rechtspolitischer Reformbestrebungen bleiben, wie die Diskussion um die „Große Justizreform“ und um die Vereinheitlichung der Prozessordnungen zeigt. Das arbeitsgerichtliche Verfahrensrecht hat sich als außerordentlich effizient erwiesen. Es bleibt zu hoffen, dass die bewährten Strukturen und Verfahrensregelungen nicht aus sachfremden politischen Erwägungen in Frage gestellt werden.

Kiel, Kronshagen, Nittendorf
Im Dezember 2009

Die Verfasser

Vorwort zur 1. Auflage

Das Arbeitsgerichtsverfahren hat sich seit dem Inkrafttreten des ArbGG vom 3. September 1953 und den zahlreichen nachfolgenden Änderungen, insbesondere durch das Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens vom 21. Mai 1979, zu einem eigenständigen Prozessrecht entwickelt, das den Besonderheiten des Arbeitsrechts verfahrensrechtlich Rechnung tragen soll. Zu nennen sind etwa die zwei Verfahrensarten (Urteils- und Beschlussverfahren), der Beschleunigungsgrundsatz, die von den anderen Gerichtsbarkeiten abweichende Besetzung der Spruchkörper, die Postulationsfähigkeit der Verbandsvertreter, das Güteverfahren und die niedrigeren Gebühren und Kosten. Mit Wirkung ab 1. Mai 2000 treten aufgrund des Arbeitsgerichtsbeschleunigungsgesetzes weitere bedeutsame Änderungen in Kraft wie die Stärkung der Rolle des Vorsitzenden, die Änderung der Berufungssumme und der Zulassung der Berufung sowie Verfahrensänderungen im Beschlussverfahren. Der Arbeitsgerichtsprozess ist bei allen Besonderheiten aber auch ein echter Zivilprozess, wie zahlreiche Verweise auf Vorschriften der ZPO belegen.

Mit der vorliegenden Darstellung legen die Verfasser eine systematische und aktuelle Bestandsaufnahme aller Verfahrensfragen des Arbeitsgerichtsprozesses einschließlich des einstweiligen Rechtsschutzes und der Zwangsvollstreckung vor. Das Buch ist für die Praxis geschrieben und wendet sich an Prozessvertreter (Anwälte und Vertreter der Verbände) und an die Berufsrichter der Arbeitsgerichtsbarkeit. Die Lösung von Streitfragen orientiert sich in erster Linie an der Rechtsprechung, insbesondere der des Bundesarbeitsgerichts, ohne die arbeitsrechtliche Literatur zu vernachlässigen. Besonderen Wert legen die Verfasser darauf, dem Leser nicht nur die Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Verfahrens, sondern auch Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten mit dem Zivilprozessrecht verständlich zu machen.

Das Werk berücksichtigt Rechtsprechung und Schrifttum bis zum 1. März 2000 sowie die am 1. Mai 2000 aufgrund des Arbeitsgerichtsbeschleunigungsgesetzes 2000 in Kraft tretenden Änderungen des ArbGG.

Kronshagen, Nittendorf, Ingelheim
im Mai 2000

Die Verfasser

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

KAPITEL 1: Grundlagen

1

KAPITEL 2: Urteilsverfahren

3

1	Klage	3
2	Klagearten	34
3	Allgemeine Klagevoraussetzungen	50
4	Einreichung der Klageschrift	52
5	Verfahrensgang des Klageverfahrens	96
6	Gütetermin	112
7	Kammertermin	125
8	Beendigung des Rechtsstreits	157
9	Urteil	175
10	Kosten	182
11	Streitwertbemessung	187
12	Schriftliches Verfahren und Videoverhandlung	207
13	Rechtskraft	208
14	Korrektur des Urteils	218
15	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	221
16	Mahnverfahren	225
17	Maßnahmen gegen Gerichtspersonen	232

KAPITEL 3: Berufungsverfahren

239

1	Einleitung	239
2	Statthaftigkeit der Berufung	240
3	Beschwer	241
4	Zulassung der Berufung	245
5	Anwendung der das erstinstanzliche Verfahren betreffenden Vorschriften	249
6	Eingeschränkte Prüfungscompetenz	251
7	Einlegung der Berufung	254
8	Präklusionsvorschriften	265
9	Zurückverweisung	272
10	Ergänzende Anwendung der §§ 511 ff. ZPO	278

VII

11	Urteil	284
12	Gerichtskostenregelung im Berufungsverfahren	287

**KAPITEL 4:
Revisionsverfahren** 289

1	Rechtsgrundlagen	289
2	Revisible Urteile	291
3	Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht	293
4	Die Nichtzulassungsbeschwerde	309
5	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils (§ 72 b ArbGG)	330
6	Die Revision	333
7	Die Sprungrevision	379

**KAPITEL 5:
Beschwerdeverfahren** 387

1	Einführung	387
2	Andere Rechtsbehelfe	388
3	Die sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen der ersten Instanz	392
4	Beschwerde gegen Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte	402
5	Die Anhörungsrüge nach § 78 a ArbGG	410

**KAPITEL 6:
Beschlussverfahren** 419

1	Zuständigkeit im Beschlussverfahren	419
2	Örtliche Zuständigkeit (§ 82 ArbGG)	426
3	Funktionelle Zuständigkeit	428
4	Einleitung des Beschlussverfahrens (Bedeutung des Antrags)	428
5	Durchführung des Beschlussverfahrens	439
6	Rechtskraft	459
7	Besondere Beschlussverfahren	459

**KAPITEL 7:
Beschwerde im Beschlussverfahren** 463

1	Grundsätze	463
2	Das Verfahren	463

**KAPITEL 8:
Rechtsbeschwerde im Beschlussverfahren** 477

1	Grundsätze	477
2	Die Neuregelung durch das Anhörungsrügensgesetz	478
3	Die Verfahrensgrundsätze	478
4	Zulassung der Rechtsbeschwerde	478

5	Nichtzulassungsbeschwerde	479
6	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Beschwerdebeschlusses	480
7	Die Rechtsbeschwerde	480
8	Die Begründung der Rechtsbeschwerde	482
9	Die Anschlussrechtsbeschwerde	483
10	Das Verfahren	483
11	Sprungrechtsbeschwerde	486

**KAPITEL 9:
Einstweiliger Rechtsschutz** 489

1	Einleitung	489
2	Grundsätze des einstweiligen Rechtsschutzes im Zivilprozess	489
3	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren	497
4	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren ...	531
5	Vorläufiger Rechtsschutz im Arbeitskampf	553

**KAPITEL 10:
Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Verfahren** 563

1	Allgemeines	563
2	Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts	563
3	Arbeitsgericht als Vollstreckungsorgan	578
4	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	584
5	Fortsetzung der Zwangsvollstreckung bei Auflösung einer juristischen Person	585
6	Kosten der Zwangsvollstreckung	585
7	Rechtsbehelfe bei Zwangsvollstreckung durch das Arbeitsgericht	585
8	Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO)	588
9	Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	591
	Literaturverzeichnis	599
	Sachverzeichnis	603

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

KAPITEL 1:	
Grundlagen	1

KAPITEL 2:	
Urteilsverfahren	3

1	Klage	3
1.1	Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten	3
1.2	Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	4
1.2.1	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	4
1.2.2	Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien und zwischen diesen und Dritten (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 ArbGG)	4
1.2.3	Unerlaubte Handlungen im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2, 1. Alt. ArbGG) und Streitigkeiten um die Vereinigungsfreiheit und Betätigungsgarantie (§ 2 Abs. 1 Nr. 2, 2. Alt. ArbGG)	6
1.2.4	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern	7
1.2.4.1	Arbeitnehmerbegriff	7
1.2.4.2	Arbeitnehmern gleichgestellte Personen	9
1.2.4.3	Arbeitgeberbegriff	11
1.2.4.4	Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 a ArbGG)	11
1.2.4.5	Bestandsstreitigkeiten (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 b ArbGG)	13
1.2.4.6	Eingehung und Nachwirkung des Arbeitsverhältnisses (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 c ArbGG)	14
1.2.4.7	Unerlaubte Handlung im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 d ArbGG)	14
1.2.4.8	Arbeitspapiere (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 e ArbGG)	14
1.2.4.9	Streitigkeiten nach § 8 AEntG	15
1.2.5	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern/Hinterbliebenen mit Arbeitgebern um Ansprüche im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 a ArbGG) sowie mit gemeinsamen Einrichtungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 b ArbGG)	15
1.2.6	Streitigkeiten mit Trägern der Insolvenzsicherung (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 ArbGG) sowie Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und gemeinsamen Einrichtungen oder Trägern der Insolvenzsicherung (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 ArbGG)	16
1.2.7	Streitigkeiten zwischen Entwicklungshelfern und Entwicklungshilfeträgern (§ 2 Abs. 1 Nr. 7 ArbGG) und zwischen Trägern und Helfern nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Trägern des freiwilligen ökologischen Jahres und Teilnehmern nach dem Gesetz zur Förderung des freiwilligen ökologischen Jahres (§ 2 Abs. 1 Nr. 8 ArbGG)	16

1.2.8	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit oder unerlaubter Handlung, soweit diese im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis steht (§ 2 Abs. 1 Nr. 9 ArbGG)	16
1.2.9	Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wegen Arbeitnehmererfindungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 ArbGG) und Urheberrechten (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG)	17
1.2.10	Zusammenhangsstreitigkeiten (§ 2 Abs. 3 ArbGG)	17
1.2.11	Vereinbarung arbeitsgerichtlicher Zuständigkeit (§ 2 Abs. 4 ArbGG)	18
1.2.12	Rechtsnachfolge (§ 3 ArbGG)	19
1.2.13	Rechtswegverweisung	22
1.2.13.1	Prüfung der Rechtswegzuständigkeit und Verweisung	22
1.2.13.2	Kompetenzkonflikt	23
1.3	Örtliche Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	25
1.3.1	Allgemeiner Gerichtsstand	25
1.3.2	Besondere Gerichtsstände	26
1.3.2.1	Ausschließliche und Wahlgerichtsstände	26
1.3.2.2	Gerichtsstand des Erfüllungsortes (§ 29 ZPO)	26
1.3.2.3	Gerichtsstand des regelmäßigen Arbeitsortes (§ 48 Abs. 1 a ArbGG)	26
1.3.2.4	Gerichtsstand des Insolvenzverwalters	28
1.3.2.5	Gerichtsstand der Niederlassung	29
1.3.2.6	Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	29
1.3.2.7	Gerichtsstand bei Geschlechtsdiskriminierung	29
1.3.2.8	Widerklage	29
1.3.2.9	Gerichtsstandsvereinbarung	30
1.3.2.10	Rügellose Einlassung	30
1.3.2.11	Örtliche Unzuständigkeit und Gerichtsstandsbestimmung	31
1.4	Sachliche und funktionelle Zuständigkeit (§ 8 Abs. 1 ArbGG) ..	32
1.5	Internationale Zuständigkeit	33
2	Klagearten	34
2.1	Leistungsklage	35
2.1.1	Bestimmter Antrag	35
2.1.2	Unbezahlter Klageantrag	36
2.1.3	Teilklagen	37
2.1.4	Entschädigung nach § 61 Abs. 2 ArbGG	38
2.2	Feststellungsklage	39
2.3	Gestaltungsklage	41
2.4	Klage auf künftige Leistung	41
2.5	Besondere Klagearten	42
2.5.1	Drittschuldnerklage	42
2.5.2	Klage wegen fehlgeschlagener Vergütungserwartung	44
2.5.3	Kündigungsschutzklage	45
2.5.4	Klage auf Änderung der Arbeitszeit	48
2.5.5	Überstundenklage	50
3	Allgemeine Klagevoraussetzungen	50
4	Einreichung der Klageschrift	52
4.1	Form der Klage	52
4.2	Inhalt der Klageschrift	54
4.2.1	Angabe des Gerichts und Bezeichnung der Parteien	54

4.2.2	Angabe des Gegenstands und des Grundes des erhobenen Anspruchs	58
4.2.3	Bestimmter Antrag	58
4.2.4	Brutto- und Nettoanträge	62
4.2.5	Zinsanspruch	63
4.2.6	Klageänderung	63
4.2.7	Parteiänderung	64
4.2.8	Drittbeteiligung (Haupt- und Nebenintervention; Streitverkündung)	66
4.3	Fristen	69
4.3.1	Kündigungsschutzklage; Bestandsschutzklage	69
4.3.2	Tarifliche Ausschlussfristen	71
4.4	Vertretung	73
4.4.1	Prozessführung ohne Vertretung	73
4.4.2	Vertretung der Parteien	73
4.4.3	Zurückweisung der Partei oder von Parteivertretern	78
4.4.4	Vollmacht (Erteilung, Umfang, Erlöschen, gerichtliche Prüfung)	79
4.5	Kostenvorschuss und Prozesskostenhilfe	81
4.5.1	Kein Kostenvorschuss	82
4.5.2	Rechtsanwaltskosten/Gebührevorschuss, sonstige außergerichtliche Kosten	82
4.5.3	Prozesskostenhilfe	83
4.5.3.1	Antragstellung	84
4.5.3.2	Bedürftigkeit	85
4.5.3.3	Erfolgsaussichten und Mutwillen	89
4.5.3.4	Prozesskostenhilfebewilligungsverfahren	90
4.5.3.5	Änderung der Prozesskostenhilfebewilligung	92
4.5.3.6	Rechtsmittel	93
4.5.3.7	Kosten des Prozesskostenhilfeverfahrens	93
4.5.4	Beordnung nach § 11 a ArbGG	94
5	Verfahrensgang des Klageverfahrens	96
5.1	Zustellung der Klageschrift	96
5.2	Regelung der Zustellung	96
5.2.1	Zustellung allgemein	96
5.2.2	Öffentliche Zustellung	98
5.2.3	Auslandszustellung	98
5.2.4	Heilung von Zustellungsmängeln	100
5.2.5	Rechtsfolgen der Klagezustellung	100
5.3	Terminbestimmung und Terminverlegung	101
5.4	Zuständigkeits- und Verfahrenskonflikte	102
5.4.1	Nicht ordnungsgemäße Klageschrift	102
5.4.2	Verweisung bei Rechtswegunzuständigkeit	103
5.4.3	Verweisung bei örtlicher Unzuständigkeit	104
5.4.4	Abgabe in die richtige Verfahrensart	105
5.4.5	Zuständigkeitsbestimmung	105
5.5	Ladung zum Gutetermin	106
5.6	Einlassung der beklagten Partei	106
5.6.1	Sachvortrag	106
5.6.2	Aufrechnung	107
5.6.3	Auflösungsantrag	109
5.6.4	Anerkenntnis	110
5.6.5	Streitverkündung	111

5.6.6	Widerklage	111
5.6.7	Nichterscheinen	111
6	Gütetermin	112
6.1	Gerichtsbesetzung und Verfahren	112
6.2	Erörterung des Sach- und Streitstands	113
6.3	Befugnisse des Vorsitzenden im Gütetermin	113
6.4	Hinwirken auf gütliche Streitbeilegung und Vergleichsschluss ...	116
6.5	Verzichts-/Anerkenntnisurteil	117
6.6	Nichterscheinen einer oder beider Parteien	118
6.7	Alleinentscheidung bei örtlicher Unzuständigkeit und bei Aussetzung des Verfahrens	119
6.8	Alleinentscheidung des Vorsitzenden auf Antrag beider Parteien	120
6.9	Aufklärungsmaßnahmen des Vorsitzenden und Beweisordnung	121
6.10	Ladung zum persönlichen Erscheinen	123
7	Kammertermin	125
7.1	Vorbereitung der streitigen Verhandlung	125
7.2	Besetzung des Gerichts	126
7.3	Maßnahmen gegen Gerichtspersonen	127
7.4	Beginn der Kammerverhandlung	128
7.5	Erörterung des Sach- und Streitstandes	128
7.5.1	Zurückweisung verspäteten Parteivortrags	129
7.5.2	Flucht in die Säumnis	133
7.6	Einlassung der beklagten Partei	133
7.6.1	Anerkenntnis	133
7.6.2	Aufrechnung	134
7.6.3	Vergleich	134
7.6.4	Nichtbestreiten und Geständnis	134
7.6.5	Geltendmachung von Einwendungen	134
7.6.6	Verbindung und Trennung von Prozessen	137
7.7	Grundsätze des Verfahrens	137
7.7.1	Dispositionsmaxime	138
7.7.2	Beibringungs- oder Verhandlungsgrundsatz	138
7.8	Beweisverfahren	138
7.8.1	Darlegungs- und Beweislast	138
7.8.2	Beweiserheblichkeit	142
7.8.3	Beweisbedürftigkeit	142
7.8.4	Beweisantritt	142
7.8.5	Beweismittel	144
7.8.6	Anordnung von Beweiserhebung (Urkundenvorlage, Augenscheinseinnahme, Ladung von Zeugen oder Sachverständigen)	147
7.8.7	Verschaffen von Beweismitteln	149
7.8.8	Durchführung der Beweiserhebung	152
7.8.9	Beweiswürdigung	156
8	Beendigung des Rechtsstreits	157
8.1	Klagerücknahme	157
8.2	Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	158
8.3	Versäumnisurteil	160
8.3.1	Begriff der Säumnis	160
8.3.2	Ausschluss der Säumnis	161
8.3.3	Verfahren nach Säumnis	163

8.3.4	Einspruch	164
8.4	Entscheidung nach Aktenlage	167
8.5	Erledigung der Hauptsache	169
8.6	Vergleich	171
8.7	Entscheidung	175
9	Urteil	175
9.1	Beratung	176
9.2	Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	176
9.3	Urteilsverkündung	177
9.4	Nachgereichte Schriftsätze	178
9.5	Zustellung des Urteils	179
9.6	Inhalt des Urteils	179
9.6.1	Urteilsausspruch	179
9.6.2	Tatbestand und Entscheidungsgründe	181
9.6.3	Rechtsmittelbelehrung	181
9.6.4	Unterschrift	182
9.6.5	Besonderheiten nicht berufungsfähiger Entscheidungen	182
10	Kosten	182
10.1	Gerichtskosten	182
10.2	Außergerichtliche Kosten	186
11	Streitwertbemessung	187
11.1	Urteilsstreitwert	190
11.2	Grundsätze der Streitwertbemessung	190
11.2.1	Geldforderungen	191
11.2.2	Vermögensrechtliche und nicht vermögensrechtliche Streitigkeiten	191
11.2.3	Objektive Klagehäufung	191
11.2.4	Subjektive Klagehäufung	192
11.2.5	Klage und Widerklage	192
11.2.6	Prozessaufrechnung	192
11.2.7	Einzelfälle	193
12	Schriftliches Verfahren und Videoverhandlung	207
12.1	Schriftliches Verfahren	207
12.2	Videoverhandlung	208
13	Rechtskraft	208
13.1	Formelle Rechtskraft	208
13.2	Materielle Rechtskraft	209
13.2.1	Die objektiven Grenzen der Rechtskraft	210
13.2.2	Die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft	211
13.2.3	Die subjektiven Grenzen der Rechtskraft	212
13.2.4	Besonderheiten beim Kündigungsschutzprozess	212
13.3	Beschränkung und Beseitigung der Rechtskraft	213
13.3.1	Abänderungsklage (§ 323 ZPO)	213
13.3.2	Nichtigkeits- und Restitutionsklage	213
13.3.3	Anhörungsrügeverfahren	215
13.3.3.1	Durchführung des Anhörungsrügeverfahrens	216
13.3.3.2	Entscheidungskompetenz über den Abhilfeantrag	218
13.3.3.3	Vollstreckungsrechtliche Folgen	218
13.3.3.4	Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren	218
14	Korrektur des Urteils	218
14.1	Berichtigung des Urteils	219

14.2	Tatbestandsberichtigung	219
14.3	Ergänzungsurteil	220
15	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	221
15.1	Anwendungsbereich der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	221
15.2	Voraussetzungen der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	222
15.3	Schuldlose Fristversäumung	223
15.4	Entscheidung über die Wiedereinsetzung und Rechtsbehelfe	225
16	Mahnverfahren	225
16.1	Voraussetzungen des Mahnverfahrens	226
16.1.1	Sachentscheidungs Voraussetzungen	226
16.1.2	Anspruch auf Geldzahlung	226
16.2	Das Mahnverfahren	226
16.2.1	Zuständigkeit	226
16.2.2	Mahnantrag	227
16.2.3	Entscheidung über den Mahnantrag	228
16.3	Vollstreckungsbescheid	228
16.4	Rechtsbehelfe des Antragsgegners	229
16.4.1	Widerspruch	229
16.4.1.1	Rechtzeitigkeit	229
16.4.1.2	Verfahren nach rechtzeitigem Widerspruch	229
16.4.1.3	Verspäteter Widerspruch	230
16.4.2	Einspruch	230
16.5	Kosten	231
16.6	Europäisches Mahnverfahren	231
17	Maßnahmen gegen Gerichtspersonen	232
17.1	Ausschluss eines Richters	232
17.2	Ablehnung eines Richters	233
17.3	Selbstablehnung eines Richters	236
17.4	Maßnahmen gegen sonstige Gerichtspersonen	236
17.5	Dienstaufsichtsbeschwerde	237

KAPITEL 3:
Berufungsverfahren 239

1	Einleitung	239
2	Statthaftigkeit der Berufung	240
3	Beschwer	241
3.1	Allgemeines	241
3.2	Einzelheiten	242
3.3	Bedeutung des Streitwerts	243
4	Zulassung der Berufung	245
4.1	Allgemeines	245
4.2	Form der Zulassungsentscheidung	245
4.3	Die Wirkungen der Zulassung	246
4.4	Zulassungsgründe	246
4.4.1	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache	247
4.4.2	Tarifstreitigkeiten	247
4.4.3	Divergenz	248

5	Anwendung der das erstinstanzliche Verfahren betreffenden Vorschriften	249
5.1	Richterablehnung	249
5.2	Urteile	249
5.3	Verfahren	250
6	Eingeschränkte Prüfungscompetenz	251
6.1	Zuständigkeitsprüfung	251
6.2	Verfahrensart	253
6.3	Mängel bei der Berufung ehrenamtlicher Richter	253
7	Einlegung der Berufung	254
7.1	Berufungsschrift	254
7.2	Berufungsfrist	256
7.3	Berufungsbegründung	258
7.3.1	Form und Frist	258
7.3.2	Inhalt der Berufungsbegründung	258
7.4	Berufungsbeantwortung	262
7.5	Fristverlängerung	262
8	Präklusionsvorschriften	265
8.1	Allgemeines	265
8.2	Angriffs- und Verteidigungsmittel	265
8.3	Verspätetes erstinstanzliches Vorbringen	267
8.3.1	Nichtbeachtung einer gerichtlich gesetzten Frist	267
8.3.2	Verletzung der allgemeinen Prozessförderungspflicht	268
8.3.3	Bindung an erstinstanzlich erfolgte Zurückweisung verspäteten Vorbringens	270
8.4	Verspätetes Vorbringen im Berufungsverfahren (§ 67 Abs. 4 ArbGG)	271
8.4.1	Fristen für neues Vorbringen im Berufungsverfahren	271
8.4.2	Zulassung verspäteten Vorbringens (§ 67 Abs. 4 S. 2 ArbGG) ...	271
8.4.3	Rechtsmittel gegen die Zurückweisung verspäteten Vortrags ...	272
9	Zurückverweisung	272
9.1	Zurückverweisung wegen Verfahrensmangels nach § 538 Abs. 2 Nr. 1 ZPO	272
9.2	Zurückverweisung nach § 538 Abs. 2 S. 1 Nrn. 2–7 ZPO	275
9.3	Verzicht auf Zurückverweisung	278
9.4	Bindung an Zurückverweisung	278
10	Ergänzende Anwendung der §§ 511 ff. ZPO	278
10.1	Berufung gegen Versäumnisurteile	279
10.2	Verzicht und Rücknahme der Berufung	280
10.3	Anschlussberufung	281
10.4	Verwerfung der unzulässigen Berufung	282
10.5	Versäumnisverfahren	283
11	Urteil	284
11.1	Inhalt und Form	284
11.2	Absetzung des Urteils	285
11.3	Inhalt des Urteils	285
12	Gerichtskostenregelung im Berufungsverfahren	287

	KAPITEL 4:	
	Revisionsverfahren	289
1	Rechtsgrundlagen	289
1.1	Überblick	289
1.2	Erweiterung des Zugangs zum Bundesarbeitsgericht durch das Anhörungsrügensgesetz	290
1.2.1	Erweiterung der Zulassungsgründe	290
1.2.2	Erweiterung der Abhilferegelung (§ 78 a ArbGG)	291
1.3	Statthaftigkeit der Revision	291
2	Revisible Urteile	291
2.1	Endurteile des Landesarbeitsgerichts	291
2.2	Nicht reversible Urteile des Landesarbeitsgerichts	292
2.2.1	Zwischenurteil – Grundurteil	292
2.2.2	Arrest oder einstweilige Verfügung	292
2.2.3	Sofortige Beschwerde	293
2.2.4	Grundsatz der Meistbegünstigung	293
3	Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht	293
3.1	Die Zulassungsgründe (Übersicht)	293
3.1.1	Die grundsätzliche Bedeutung einer entscheidungserheblichen Rechtsfrage (§ 72 Abs. 2 Nr. 1 ArbGG)	294
3.1.1.1	Die Rechtsfrage	294
3.1.1.2	Klärungsfähigkeit – Klärungsbedürftigkeit	295
3.1.1.3	Grundsätzliche Bedeutung	295
3.1.1.4	Entscheidungserheblichkeit	296
3.1.2	Divergenz (§ 72 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG)	296
3.1.2.1	Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts	297
3.1.2.2	Die angezogene andere Entscheidung	298
3.1.2.3	Die voneinander abweichenden Rechtssätze	299
3.1.3	Absolute Revisionsgründe als Zulassungsgrund (§ 72 Abs. 3 Nr. 3, 1. Alt. ArbGG i.V.m. § 547 Nr. 1–5 ZPO)	300
3.1.3.1	Überblick	300
3.1.3.2	Die absoluten Revisionsgründe in § 547 Nr. 1–5 ZPO	300
3.1.3.3	Praktische Bedeutung der Zulassungsgründe	302
3.1.4	Verletzung des rechtlichen Gehörs als Zulassungsgrund (§ 72 Abs. 3 Nr. 3, 2. Alt. ArbGG)	303
3.1.4.1	Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	303
3.1.4.2	Verhältnis zu § 78 a ArbGG.	303
3.1.4.3	Praktische Bedeutung des Zulassungsgrundes	304
3.1.5	Verletzung sonstiger Verfahrensgrundrechte	304
3.2	Entscheidung über die Zulassung	305
3.2.1	Pflicht zur Zulassung	305
3.2.2	Form der Zulassungsentscheidung	306
3.2.3	Umfang der Revisionszulassung	307
3.3	Wirkungen der Zulassung	308
3.3.1	Unbeschränkte Zulassung	308
3.3.2	Beschränkte Zulassung	308
3.3.3	Statthaftigkeit der Revision	308
3.4	Rechtsmittel und Rechtsmittelbelehrung	309
3.4.1	Zulassung der Revision	309
3.4.2	Keine Zulassung der Revision	309

4	Die Nichtzulassungsbeschwerde	309
4.1	Grundsätze – Neuregelung durch das Anhörungsrügensgesetz . . .	309
4.2	Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	311
4.2.1	Frist	311
4.2.2	Form und Inhalt	312
4.2.3	Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	313
4.2.4	Bedingte – vorsorgliche Einlegung	313
4.2.5	Wirkungen der Nichtzulassungsbeschwerde	314
4.2.6	Verzicht auf Rechtsmittel	314
4.3	Einstellung der Zwangsvollstreckung	314
4.4	Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	315
4.4.1	Form und Frist	315
4.4.2	Inhalt der Begründung	315
4.4.2.1	Grundsätze – Darlegungslast	315
4.4.2.2	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen grundsätzlicher Bedeutung	316
4.4.2.3	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen Divergenz	318
4.4.2.4	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen absoluter Revisionsgründe	323
4.4.2.5	Darlegungslast bei der Nichtzulassungsbeschwerde wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	323
4.5	Das Verfahren	327
4.5.1	Bindung an die Beschwerdegründe	327
4.5.2	Form der Entscheidung – Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter	327
4.5.3	Inhalt und Wirkungen der Entscheidung	328
4.5.4	Prozesskostenhilfe	328
4.5.6	Rücknahme der Beschwerde – Übereinstimmende Erledigungserklärung	329
4.5.7	Kosten – Anwaltsgebühren	329
4.5.8	Rechtsmittel – Anhörungsrüge – Wiederaufnahme des Verfahrens	330
5	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils (§ 72 b ArbGG)	330
5.1	Überblick	330
5.2	Das Verfahren	331
5.2.1	Die Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	331
5.2.2	Verhältnis zur Nichtzulassungsbeschwerde und Revision	332
5.2.3	Einlegung und Begründung	332
5.2.4	Die Entscheidung über die sofortige Beschwerde	333
6	Die Revision	333
6.1	Anwendbare Rechtsvorschriften	333
6.1.1	Vorschriften der Zivilprozessordnung	333
6.1.2	Vorschriften des erstinstanzlichen Verfahrens	334
6.2	Zulässigkeit der Revision	334
6.2.1	Statthaftigkeit der Revision	334
6.2.2	Die weiteren Zulässigkeitsvoraussetzungen	334
6.3	Einlegung der Revision	335
6.3.1	Die Revisionsfrist	335
6.3.2	Form der Einlegung	336
6.3.3	Inhalt der Revisionschrift	337
6.3.3.1	Grundsätze	337
6.3.3.2	Bezeichnung des Urteils	337

6.3.3.3	Die Erklärung, Revision einzulegen	338
6.4	Wirkungen der Einlegung der Revision	339
6.5	Die Revisionsbegründung	339
6.5.1	Die Begründungsfrist	339
6.5.2	Form der Revisionsbegründung	341
6.5.3	Erforderlicher Inhalt der Revisionsbegründung	341
6.5.3.1	Grundsätze	341
6.5.3.2	Der Revisionsantrag	342
6.5.3.3	Angabe der Revisionsgründe	343
6.5.4	Verletzung einer Rechtsnorm	344
6.5.4.1	Grundsätze	344
6.5.4.2	Innerdeutsches Gesetzesrecht	345
6.5.4.3	Ausländisches Recht	345
6.5.4.4	Normatives Privatrecht	345
6.5.4.5	Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe – Beurteilungsspielraum – Ermessen	346
6.5.4.6	Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen	346
6.5.4.7	Auslegung von Prozesshandlungen und Prozessvergleichen	350
6.5.4.8	Allgemeine Denkgesetze und Erfahrungssätze	351
6.5.5	Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts bei fehlerhafter Auslegung	351
6.6	Absolute Revisionsgründe	351
6.6.1	Grundsätze	351
6.6.2	Fehlen von Tatbestand und Entscheidungsgründen	351
6.6.3	Ausgeschlossene Revisionsgründe	353
6.7	Darlegung der Revisionsgründe	354
6.7.1	Erhebung materiell rechtlicher Rügen (Sachrügen)	354
6.7.2	Geltendmachung von Verfahrensrügen	356
6.7.3	Unrichtige Feststellungen im Tatbestand	358
6.7.4	Begründung bei mehreren prozessualen Ansprüchen (Streitgegenständen)	358
6.7.5	Bezugnahme auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	358
6.7.6	Bezugnahme auf Schriftsätze	359
6.7.7	Verfahrensrügen durch den Revisionsbeklagten	359
6.7.8	Von Amts wegen zu beachtende Verfahrensfehler oder Verfahrensvoraussetzungen	359
6.7.9	Auf der Gesetzesverletzung beruhende Entscheidung (Kausalität)	361
6.7.10	Beschwer des Revisionsklägers	361
6.8	Verfahrensgrundsätze	362
6.8.1	Klageänderungen – Klageerweiterungen	362
6.8.2	Einschränkung oder Erweiterung des Revisionsantrages	363
6.8.3	Erstmalige Erhebung einer Widerklage – Zwischenfeststellungsklage	363
6.8.4	Hilfsantrag in der Revisionsinstanz	363
6.8.5	Rücknahme der Revision	364
6.8.6	Verzicht auf die Revision	365
6.8.7	Vergleich – Erledigung der Hauptsache	366
6.8.8	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	366
6.9	Die Anschlussrevision	366
6.10	Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	367
6.10.1	Prüfung der Zulässigkeit	367
6.10.2	Verwerfung der unzulässigen Revision	368
6.10.3	Verfahren bei Zulässigkeit der Revision	368

6.10.3.1	Grundsätze	368
6.10.3.2	Die Überprüfung des angefochtenen Urteils	369
6.10.3.3	Bindung an den vom Berufungsgericht festgestellten Tatbestand	369
6.10.3.4	Prüfung materiellrechtlicher Revisionsgründe	371
6.10.3.5	Prüfung von Verfahrensfehlern	371
6.10.4	Zurückweisung der Revision	371
6.10.5	Entscheidung bei begründeter Revision	371
6.10.5.1	Grundsätze	371
6.10.5.2	Zurückverweisung	372
6.10.5.3	Wirkungen der Zurückverweisung	372
6.10.5.4	Sachentscheidung	373
6.10.6	Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts	374
6.10.6.1	Grundsätze	374
6.10.6.2	Verkündung des Urteils	374
6.10.6.3	Inhalt des Revisionsurteils	375
6.10.6.4	Kosten – Anwaltsgebühren	376
6.10.6.5	Zustellung des Urteils	377
6.10.7	Säumnisverfahren vor dem Bundesarbeitsgericht	377
6.10.8	Zuständigkeit des Revisionsgerichts bei Anfechtung eines Vergleichs	377
6.11	Anrufung des Großen Senats – Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe	378
6.11.1	Grundsätze	378
6.11.2	Zuständigkeit des Großen Senats	378
6.11.3	Die Divergenzvorlage	378
6.11.4	Die Grundsatzvorlage	379
7	Die Sprungrevision	379
7.1	Grundsätze	379
7.2	Die Voraussetzungen für die Zulassung der Sprungrevision	380
7.2.1	Antrag auf Zulassung	380
7.2.2	Zustimmung des Gegners	380
7.2.3	Die Zulassungsgründe	381
7.3	Die Entscheidung über die Zulassung der Sprungrevision	381
7.4	Umfang der Zulassung	382
7.5	Rechtsmittelbelehrung	382
7.6	Wirkungen der Zulassung – Nichtzulassung	383
7.7	Rechtsmittel gegen die Entscheidung über die Zulassung	383
7.8	Rechtsmittel gegen das Urteil des Arbeitsgerichts	384
7.9	Einlegung der Sprungrevision	385
7.9.1	Form und Frist	385
7.9.2	Wirkungen der Sprungrevision	385
7.9.3	Das Verfahren	386
7.9.3.1	Grundsätze	386
7.9.3.2	Ausschluss von Verfahrensrügen	386
7.9.3.3	Unstatthafte Sprungrevision	386
7.9.3.4	Zurückverweisung bei der Sprungrevision	386
KAPITEL 5:		
Beschwerdeverfahren		
1	Einführung	387
2	Andere Rechtsbehelfe	388

2.1	Dienstaufsichtsbeschwerde – Gegenvorstellung – Erinnerung – Justizverwaltungsakte	388
2.2	Weitere Rechtsbehelfe zum Bundesarbeitsgericht	391
3	Die sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen der ersten Instanz	392
3.1	Statthaftigkeit der Beschwerde	392
3.2	Beschwer – Beschwerdewert	394
3.3	Beschwerdefrist	395
3.4	Das Verfahren	395
3.4.1	Einreichung der sofortigen Beschwerde	395
3.4.2	Beschwerdebegründung	396
3.4.3	Präklusionsvorschriften	397
3.4.4	Aufschiebende Wirkung	398
3.4.5	Abhilfe	398
3.5	Rücknahme der Beschwerde	399
3.6	Die Anschlussbeschwerde	399
3.7	Die Entscheidung über die Beschwerde	400
3.8	Die Zulassung der Rechtsbeschwerde	402
4	Beschwerde gegen Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte	402
4.1	Grundsätze	402
4.3	Die Rechtsbeschwerde	403
4.3.1	Allgemeines	403
4.3.2	Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	404
4.3.3	Rechtswegentscheidungen	404
4.3.4	Die Einlegung der Rechtsbeschwerde	405
4.3.5	Die Beschwerdebegründung	405
4.3.6	Aufschiebende Wirkung	406
4.3.8	Die Anschlussrechtsbeschwerde	406
4.3.8	Die Entscheidung	407
4.4	Weitere oder außerordentliche Beschwerde	408
5	Die Anhörungsrüge nach § 78 a ArbGG	410
5.1	Allgemeines	410
5.2	Rügefähige Entscheidungen	411
5.3	Die Einreichung der Anhörungsrüge	413
5.4	Die Begründung der Anhörungsrüge	414
5.5	Die Entscheidung über die Anhörungsrüge	416
5.5.1	Das Verfahren	416
5.5.2	Unzulässige Rüge	416
5.5.3	Zulässige Rüge	416
5.7	Vollstreckungsschutz	417

**KAPITEL 6:
Beschlussverfahren** 419

1	Zuständigkeit im Beschlussverfahren	419
1.1	Angelegenheiten nach dem BetrVG (§ 2 a Abs. 1 Nr. 1 ArbGG) ..	419
1.1.1	Betriebsverfassungsrechtliche und andere kollektivrechtliche Streitigkeiten	419
1.1.2	Betriebsverfassungsrechtliche und individualrechtliche Streitigkeit	420
1.1.3	Streitigkeiten im Insolvenzverfahren	422

1.2	Angelegenheiten nach dem SprAuG (§ 2 a Abs. 1 Nr. 2 ArbGG) .	422
1.3	Angelegenheiten nach den Mitbestimmungsgesetzen (§ 2 a Abs. 1 Nr. 3 ArbGG)	423
1.4	Angelegenheiten nach §§ 94, 95, 139 SGB IX (§ 2 a Abs. 1 Nr. 3 a ArbGG)	423
1.5	Angelegenheiten nach dem Gesetz über Europäische Betriebsräte (§ 2 a Abs. 1 Nr. 3 b ArbGG)	423
1.6	Angelegenheiten aus § 51 BBiG (§ 2 a Abs. 1 Nr. 3 c ArbGG)	424
1.7	Angelegenheiten aus dem SE-Beteiligungsgesetz vom 22. 12. 2004, dem SCE-Beteiligungsgesetz vom 14. 8. 2006 und dem Gesetz über die Mitbestimmung bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung vom 21. 12. 2006 (§ 2 a Abs. 1 Nr. 3 d-f ArbGG)	424
1.8	Entscheidungen über Tarifzuständigkeit und Tariffähigkeit (§ 2 a Abs. 1 Nr. 4 ArbGG)	425
1.9	Kompetenzkonflikt	425
1.10	Beschlussverfahren und Einigungsstellenzuständigkeit	426
2	Örtliche Zuständigkeit (§ 82 ArbGG)	426
3	Funktionelle Zuständigkeit	428
4	Einleitung des Beschlussverfahrens (Bedeutung des Antrags)	428
4.1	Arten der Anträge	429
4.1.1	Leistungsantrag	429
4.1.2	Feststellungsantrag	430
4.1.3	Gestaltungsantrag	430
4.2	Antragsschrift	431
4.3	Anforderungen an die Antragsschrift	431
4.3.1	Formerfordernisse	431
4.3.2	Bezeichnung der Beteiligten	431
4.3.3	Bestimmtheit des Antrags und Globalantrag	432
4.4	Antragsbefugnis	433
4.5	Beteiligungsbefugnis und Beteiligtenfähigkeit	436
4.5.1	Beteiligtenfähigkeit	436
4.5.2	Beteiligungsbefugnis	436
4.6	Rechtsschutzinteresse	436
4.6.1	Allgemeines Interesse an der Rechtsverfolgung	436
4.6.2	Erstellung eines Rechtsgutachtens	437
4.7	Vertretung	437
4.8	Kosten und Prozesskostenhilfe	438
5	Durchführung des Beschlussverfahrens	439
5.1	Zustellung der Antragsschrift	439
5.2	Ladung aller Beteiligten	440
5.2.1	Beteiligte und deren Feststellung	440
5.2.1.1	Formelle und materielle Beteiligung	440
5.2.1.2	Antragsgegner	441
5.2.1.3	Die einzelnen Beteiligten	441
5.2.1.4	Beteiligungsbefugnis und Streitverkündung/Nebenintervention	444
5.2.1.5	Rechtliches Gehör	444
5.2.2	Auseinanderklaffen zwischen Beteiligtenstellung und Beteiligungsbefugnis	445
5.3	Anhörungstermin	445
5.3.1	Gerichtsbesetzung	446
5.3.2	Antragstellung	446

5.3.3	Erörterung der Sach- und Rechtslage	447
5.3.4	Verfahrensgrundsätze	448
5.3.4.1	Dispositionsmaxime	448
5.3.4.2	Amtsermittlungsgrundsatz	448
5.3.5	Beweiserhebung	449
5.4	Beendigung des Verfahrens	449
5.4.1	Antragsrücknahme	449
5.4.2	Erledigung der Hauptsache	450
5.4.3	Vergleich	451
5.4.4	Beschluss	452
5.5	Instanzbeendender Beschluss	452
5.5.1	Beratung	452
5.5.2	Verkündung	452
5.5.3	Zustellung	453
5.5.4	Inhalt des Beschlusses	453
5.5.4.1	Sachauspruch	453
5.5.4.2	Fakultative Streitwertfestsetzung	453
5.5.4.3	Gründe	453
5.5.4.4	Rechtsmittelbelehrung	453
5.5.5	Kostentragung	453
5.5.5.1	Gerichtskosten	453
5.5.5.2	Außergerichtliche Kosten	454
5.5.5.3	Festsetzung des Gegenstandswertes	454
5.5.5.4	Prozesskostenhilfe	458
5.5.6	Vorläufige Vollstreckbarkeit	459
6	Rechtskraft	459
7	Besondere Beschlussverfahren	459
7.1	Einsetzung einer Einigungsstelle	459
7.2	Gewerkschaftseigenschaft	461

KAPITEL 7:
Beschwerde im Beschlussverfahren 463

1	Grundsätze	463
2	Das Verfahren	463
2.1	Anzuwendende Vorschriften	463
2.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen der Beschwerde	465
2.2.1	Statthaftigkeit der Beschwerde	465
2.2.2	Beschwerdebefugnis	465
2.2.3	Beschwer	465
2.3	Einlegung der Beschwerde	466
2.3.1	Form und Frist	466
2.3.2	Beschlüsse über die Einsetzung und Besetzung der Einigungsstelle	467
2.3.3	Inhalt der Beschwerdeschrift	467
2.4	Begründung der Beschwerde	467
2.4.1	Form und Frist	467
2.4.2	Inhalt der Beschwerdebegründung	468
2.4.3	Antrag	469
2.5	Die Verwerfung der unzulässigen Beschwerde	470
2.5.1	Grundsätze	470

2.5.2	Zustellung	470
2.5.3	Rechtsmittel	470
2.6	Das weitere Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht	471
2.6.1	Grundsätze	471
2.6.2	Feststellung der Beteiligten	471
2.6.3	Vertretung	471
2.6.4	Zustellung der Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung ..	471
2.6.4	Äußerung der Beteiligten – Fristsetzung – Zurückweisung wegen Verspätung – neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	472
2.6.5	Anhörung der Beteiligten vor der Kammer	472
2.6.6	Überprüfung des erstinstanzlichen Beschlusses – ausgeschlossene Beschwerdegründe	473
2.6.7	Rücknahme der Beschwerde	474
2.6.8	Rücknahme des Antrags – Erledigungserklärung – Vergleich	474
2.6.9	Verzicht auf die Beschwerde	474
2.7	Wirkungen der Beschwerde	474
2.8	Die Anschlussbeschwerde	475
2.9	Die Entscheidung über die Beschwerde	475
2.9.1	Form und Inhalt	475
2.9.2	Kosten und Streitwert	475
2.9.3	Die Zulassung der Rechtsbeschwerde durch das Landesarbeitsgericht	476
2.9.4	Verkündung und Zustellung	476
2.9.5	Vollstreckbarkeit und Rechtskraft	476

KAPITEL 8:

Rechtsbeschwerde im Beschlussverfahren 477

1	Grundsätze	477
2	Die Neuregelung durch das Anhörungsrügensgesetz	478
3	Die Verfahrensgrundsätze	478
4	Zulassung der Rechtsbeschwerde	478
5	Nichtzulassungsbeschwerde	479
5.1	Form und Frist	479
5.2	Die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	479
5.3	Das Verfahren	480
6	Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Beschwerdebeschlusses	480
7	Die Rechtsbeschwerde	480
7.1	Rechtsbeschwerdebefugnis und Beschwer	480
7.2	Form und Frist	481
7.3	Vertretung der Beteiligten	481
7.4	Erforderlicher Inhalt	481
7.5	Wirkungen der Rechtsbeschwerde	481
8	Die Begründung der Rechtsbeschwerde	482
8.1	Form und Frist	482
8.2	Inhalt der Rechtsbeschwerdebegründung	482
8.2.1	Die Begründung der Rechtsbeschwerde	482

8.2.2	Ausgeschlossene Rechtsbeschwerdegründe	483
8.2.3	Änderung der Anträge – neuer Tatsachenvortrag	483
9	Die Anschlussrechtsbeschwerde	483
10	Das Verfahren	483
10.1	Verwerfung der unzulässigen Rechtsbeschwerde	483
10.2	Verfahren bei zulässiger Rechtsbeschwerde	484
10.2.1	Schriftliches Verfahren – Anhörung der Beteiligten	484
10.2.2	Äußerung der Beteiligten	484
10.2.3	Antragsrücknahme – Rücknahme der Beschwerde – Verzicht	484
10.2.4	Vergleich – Erledigung der Hauptsache	485
10.3	Die Entscheidung bei zulässiger Rechtsbeschwerde	485
10.3.1	Die Grundlagen der Entscheidung	485
10.3.2	Der Beschluss des Bundesarbeitsgerichts	485
11	Sprungrechtsbeschwerde	486
11.1	Grundsätze	486
11.2	Antrag auf Zulassung – Zustimmung der Beteiligten	486
11.3	Entscheidung über den Zulassungsantrag – Wirkungen	486
11.4	Einlegung der Sprungrechtsbeschwerde – Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts	487
 KAPITEL 9: Einstweiliger Rechtsschutz		
		489
1	Einleitung	489
2	Grundsätze des einstweiligen Rechtsschutzes im Zivilprozess ..	489
2.1	Arrest	491
2.1.1	Arrestgrund	491
2.1.2	Vollziehung	491
2.1.3	Rechtsbehelfe	492
2.2	Einstweilige Verfügung	493
2.2.1	Allgemeines	493
2.2.2	Die Sicherungsverfügung	493
2.2.3	Die Regelungsverfügung	494
2.2.4	Die Leistungsverfügung	494
2.2.5	Die Feststellungsverfügung	495
2.2.6	Verfahrensgrundsätze	495
2.2.7	Rechtsbehelfe	496
3	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren	497
3.1	Verfahrensgrundsätze	497
3.2	Zuständigkeit	497
3.3	Verfahren	498
3.3.1	Arrest	498
3.3.2	Einstweilige Verfügung	498
3.3.3	Vollziehung	499
3.3.4	Rechtsbehelfe	499
3.4	Einzelfälle	501
3.4.1	Der Beschäftigungsanspruch	501
3.4.1.1	Verfügungsanspruch	501

3.4.1.2	Verfügungsgrund	502
3.4.2	Der Weiterbeschäftigungsanspruch	503
3.4.2.1	Verfügungsanspruch	503
3.4.2.2	Verfügungsgrund	504
3.4.3	Die offensichtlich unwirksame Kündigung	505
3.4.4	Der betriebsverfassungsrechtliche Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG	505
3.4.4.1	Verfügungsanspruch	506
3.4.4.2	Verfügungsgrund	507
3.4.5	Die Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht gemäß § 102 Abs. 5 Satz 2 BetrVG	508
3.4.5.1	Verfügungsanspruch	508
3.4.5.2	Verfügungsgrund	509
3.4.6	Der Urlaubsanspruch	510
3.4.6.1	Verfügungsanspruch	511
3.4.6.2	Verfügungsgrund	512
3.4.7	Wettbewerbsenthaltung	513
3.4.7.1	Allgemeines	513
3.4.7.2	Verfügungsanspruch	513
3.4.7.3	Verfügungsgrund	516
3.4.8	Direktionsrecht	517
3.4.8.1	Verfügungsanspruch	517
3.4.8.2	Verfügungsgrund	518
3.4.8.3	Inhalt der einstweiligen Verfügung	518
3.4.9	Versetzung	519
3.4.9.1	Verfügungsanspruch	520
3.4.9.2	Verfügungsgrund	520
3.4.10	Vergütung	521
3.4.10.1	Verfügungsanspruch	521
3.4.10.2	Verfügungsgrund	522
3.4.10.3	Inhalt der einstweiligen Verfügung	522
3.4.11	Arbeitspapiere	523
3.4.11.1	Allgemeines	523
3.4.11.2	Verfügungsanspruch	524
3.4.11.3	Verfügungsgrund	525
3.4.12	Zeugnis	525
3.4.12.1	Allgemeines	525
3.4.12.2	Verfügungsanspruch	526
3.4.12.3	Verfügungsgrund	527
3.4.12.4	Inhalt der einstweiligen Verfügung	528
3.4.13	Teilzeit	529
3.4.13.1	Allgemeines	529
3.4.13.2	Verfügungsanspruch	529
3.4.13.3	Verfügungsgrund	529
3.4.14	Sonstige Ansprüche	530
4	Vorläufiger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	531
4.1	Die einstweilige Verfügung	531
4.1.1	Verfahrensgrundsätze	531
4.1.2	Zuständigkeit	534
4.1.3	Rechtsbehelfe	534
4.1.4	Kosten, Vollstreckung	536

4.1.5	Ausschluss der einstweiligen Verfügung	537
4.2	Einzelfälle	538
4.2.1	Gewerkschaftliches Zugangsrecht zum Betrieb	538
4.2.1.1	Allgemeines	538
4.2.1.2	Verfügungsanspruch	539
4.2.1.3	Verfügungsgrund	540
4.2.2	Betriebsratswahlen	541
4.2.2.1	Allgemeines	541
4.2.2.2	Verfügungsanspruch	543
4.2.2.3	Verfügungsgrund	543
4.2.3	Betriebsversammlungen	544
4.2.3.1	Allgemeines	544
4.2.3.2	Verfügungsanspruch	545
4.2.3.3	Verfügungsgrund	545
4.2.4	Unterlassungsansprüche des Betriebsrats in Angelegenheiten der Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten (§ 87 BetrVG) . .	546
4.2.4.1	Allgemeines	546
4.2.4.2	Verfügungsanspruch	547
4.2.4.3	Verfügungsgrund	547
4.2.5	Betriebsänderungen	548
4.2.5.1	Allgemeines	548
4.2.5.2	Einstweilige Verfügung zur Durchsetzung des Informations- und Beratungsrechts	549
4.2.5.3	Einstweilige Verfügung auf Unterlassung einer Betriebsänderung	550
4.2.5.3.1	Verfügungsanspruch	551
4.2.5.3.2	Verfügungsgrund	552
5	Vorläufiger Rechtsschutz im Arbeitskampf	553
5.1	Allgemeines	553
5.2	Die einstweilige Verfügung zur Abwehr von Streikmaßnahmen . .	554
5.2.1	Verfügungsanspruch	554
5.2.2	Verfügungsgrund	557
5.3	Die einstweilige Verfügung zur Abwehr von Aussperrungsmaßnahmen	558
5.3.1	Verfügungsanspruch	559
5.3.2	Verfügungsgrund	560
KAPITEL 10:		
	Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Verfahren	563
1	Allgemeines	563
2	Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts	563
2.1	Grundsätze	563
2.2	Arten der Zwangsvollstreckung – Arbeitsgericht als Vollstreckungsorgan	563
2.3	Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	564
2.3.1	Grundsätze	564
2.3.2	Allgemeine Prozessvoraussetzungen	565
2.3.3	Vollstreckungsvoraussetzungen (Überblick)	565
2.4	Endurteil als Vollstreckungstitel	565
2.4.1	Begriff	565
2.4.2	Vollstreckbarkeit	565
2.4.3	Ausschluss der vorläufigen Vollstreckbarkeit im Urteil	566

2.4.3.1	Voraussetzungen	566
2.4.3.2	Vollstreckung von Zahlungsansprüchen	566
2.4.3.3	Vollstreckung auf Beschäftigung oder Weiterbeschäftigung	567
2.4.3.4	Vollstreckung auf Unterlassung, Duldung oder Vornahme einer Handlung	568
2.4.3.5	Antrag und Glaubhaftmachung	569
2.4.3.6	Entscheidung des Arbeitsgerichts oder Landesarbeitsgerichts ...	569
2.4.4	Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Einlegung eines Rechtsbehelfs oder Rechtsmittels	570
2.4.5	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Einlegung der Revision	570
2.4.6	Rechtsbehelfe	571
2.4.7	Sonstige Fälle der einstweiligen Einstellung der Vollstreckung ...	571
2.4.7.1	Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Vollstreckungsabwehrklage	571
2.4.7.2	Einstellung der Zwangsvollstreckung bei Erinnerung gegen die Erteilung der Vollstreckungsklausel	571
2.5	Weitere Vollstreckungstitel	571
2.5.1	Grundsätze	571
2.5.2	Prozessvergleich	572
2.5.3	Kostenfestsetzungsbeschluss	572
2.5.4	Vollstreckungsbescheid	572
2.5.5	Vollstreckbare Urkunde	572
2.6	Vollstreckbarer Inhalt des Vollstreckungstitels	573
2.6.1	Grundsätze	573
2.6.2	Vergütungsansprüche des Arbeitnehmers	573
2.6.3	Abrechnung des Arbeitsverhältnisses	574
2.6.4	Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers	574
2.6.5	Zeugnis	575
2.7	Die Vollstreckungsklausel	576
2.7.1	Grundsätze	576
2.7.2	Verfahren – zuständiges Organ	576
2.7.3	Titelumschreibung bei arbeitsrechtlichen Titeln	576
2.7.4	Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel	577
2.8	Die Zustellung des Vollstreckungstitels	577
3	Arbeitsgericht als Vollstreckungsorgan	578
3.1	Abgrenzungen	578
3.2	Ersatzvornahme bei vertretbaren Handlungen (§ 887 ZPO)	578
3.3	Erzwingung unvertretbarer Handlungen (§ 888 ZPO)	579
3.4	Verurteilung zur Vornahme einer Handlung und Festsetzung einer Entschädigung	580
3.5	Erzwingung von Duldungen oder Unterlassungen (§ 890 ZPO) ..	581
3.6	Das Verfahren bei der Zwangsvollstreckung gemäß §§ 887 bis 890 ZPO	581
3.7	Zwangsvollstreckung zur Abgabe von Willenserklärungen (§ 894 ZPO)	582
3.8	Einzelfälle	583
4	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	584
5	Fortsetzung der Zwangsvollstreckung bei Auflösung einer juristischen Person	585

6	Kosten der Zwangsvollstreckung	585
7	Rechtsbehelfe bei Zwangsvollstreckung durch das Arbeitsgericht	585
7.1	Grundsätze	585
7.2	Abgrenzungen	586
7.2.1	Sofortige Beschwerde – Vollstreckungserinnerung	586
7.2.2	Sofortige Beschwerde – Vollstreckungsgegenklage	586
7.3	Die sofortige Beschwerde	587
7.3.1	Form, Frist und Verfahrensvoraussetzungen	587
7.3.2	Verfahren	587
7.3.3	Gegenstandswert – Kosten	587
8	Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO)	588
8.1	Statthaftigkeit	588
8.2	Verfahrensvoraussetzungen	588
8.3	Zuständigkeit	589
8.3.1	Klage gegen gerichtliche Entscheidung oder Prozessvergleich ...	589
8.3.2	Klage gegen eine vollstreckbare Urkunde	589
8.4	Begründetheit der Vollstreckungsgegenklage	589
8.4.1	Grundsätze	589
8.4.2	Die Präklusion von Einwendungen	589
8.5	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	590
8.6	Kosten	590
9	Zwangsvollstreckung im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	591
9.1	Grundsätze	591
9.2	Vollstreckbarkeit von Beschlüssen – Abgrenzungen	591
9.3	Vermögensrechtliche Streitigkeiten	592
9.4	Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten	593
9.4	Vollstreckungsabwehrantrag	593
9.5	Vollstreckung gemäß § 23 Abs. 3 BetrVG	594
9.6	Betriebliche Stellen als Vollstreckungsschuldner	596
	Literaturverzeichnis	599
	Sachverzeichnis	603